

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz
und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
30.05.2023 07:24

1440012023

29. Mai 2023

Nur per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Entwurf eines Thüringer Gesetz über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften (ThürITGerStG) Drs. 7/6771

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz führt derzeit ein schriftliches Anhörungsverfahren zu dem Entwurf des Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften durch. Zu diesem Entwurf möchten auch die Thüringer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch ihre Verbände und Vertretungen Stellung nehmen.

Deshalb lege ich die angefügte Stellungnahme federführend für alle beteiligten Verbände und Vertretungen vor. Uns ist bekannt, dass der Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz beabsichtigt, am 30. Juni 2023 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Wir würden uns freuen, wenn wir Gelegenheit bekommen würden, uns auch in diesem Rahmen zu äußern.

Mit freundlichen Grüßen

**Den Mitgliedern des
AfMJV**

zur Kenntnisnahme

Kenntnisnahme 7/910
zu Drucksache 7/6771

Vorsitzender

**Thüringer Richterbund – Bund der Thüringer Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**

Verein der Thüringer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Verband der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens

Verband der Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter Thüringens

**Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter
Landesverband Thüringen**

Landesrichter- und Staatsanwaltsrat

**Stellungnahme zu dem Entwurf des Thüringer Gesetzes über den
Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Ge-
richten und Staatsanwaltschaften (ThürIKTGerStG)
Drucksache 7/6771**

Derzeit liegt dem Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz der Entwurf des Thüringer Gesetzes über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Beratung vor. Wir, die Verbände und Vertretungen der Thüringer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben bereits bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs gegenüber dem Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Stellung genommen (vgl. die dem Landtag vorliegende Stellungnahme des Vereins der Thüringer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter vom 30. Juni 2022).

Da der nunmehr eingebrachte Gesetzentwurf in einigen Einzelheiten gegenüber dem früheren Text verändert wurde, möchten wir unsere Position hier gemeinsam gegenüber dem Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz darstellen. Wir haben erfahren, dass neben dem laufenden schriftlichen Anhörungsverfahren auch ein mündliches Anhörungsverfahren stattfinden wird, und wir würden uns freuen, wenn wir Gelegenheit hätten, auch in diesem Rahmen Stellung nehmen zu können.

Grundsätzliches

1. Auch im Bereich der Judikative ist der technische Fortschritt durch die Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung zur Geltung zu bringen („E-Justice“). Die Nutzung im Rahmen der Exekutive, also der öffentlichen Verwaltung („E-Government“), ist im Thüringer E-Government-Gesetz geregelt, das aber für die rechtssprechende Tätigkeit der Gerichte und auch für die Gerichtsverwaltungen nicht gilt (vgl. § 1 Abs. 6 ThürEGovG). Für die Judikative als dritter Staatsgewalt ist eine eigene Regelung erforderlich. Insofern verstehen wir die vorliegende Regelung als E-Justice-Gesetz, das den Bedürfnissen der Judikative als eigenständiger Staatsgewalt Rechnung trägt.

Der Notwendigkeit von Regelungen, die auf die speziellen Bedürfnisse der Staatsgewalten zugeschnitten sind, hat der Thüringer Landesgesetzgeber in Bezug auf den Thüringer Landtag als Repräsentant der Ersten Staatsgewalt durch § 1 Abs. 7 ThürEGovG Rechnung getragen. Es fällt indes auf, dass hier eine Regelung geschaffen wurde, die die Stellung des Landtags als Legislative und damit seine eigenständige Stellung im Verfassungsgefüge in einem sehr viel größeren Umfang berücksichtigt, als dies nunmehr durch den vorliegenden Gesetzentwurf für die Judikative vorgesehen ist. Die Judikative wird vielmehr hinsichtlich der Struktur der elektronischen Datenverarbeitung als integraler Teil der Exekutive angesehen und hat keinerlei wirksame Mitentscheidungsbefugnisse.

Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers zum nachträglichen Schutz der Entscheidungsprozesse der Judikative durch Einrichtung der IT-Kontrollkommission umzusetzen. Diese Notwendigkeit und die hier im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen (insbesondere § 9 des Entwurfs) sind unstreitig. Die verfassungsrechtliche Verpflichtung erschöpft sich jedoch nicht in einem nachträglichen Schutz, sondern gebietet auch einen wirksamen und effektiven Einfluss der Richterinnen und Richter als Inhaber der rechtsprechenden Gewalt (Art. 92 GG) auf die vorbereitende Ausgestaltung der elektronischen Verarbeitung von Daten aus der Rechtsprechungstätigkeit.

Der Gesetzentwurf gewährleistet diesen Einfluss nicht. Vielmehr legt er die zentralen Entscheidungsvorgänge bei der Planung in die Hand des Justizministeriums und damit in die Hand der Exekutive. Es ist ersichtlich das Ziel des Gesetzentwurfs, die für die Thüringer Justiz vorgesehene Strukturen der Informations- und Kommunikationstechnik weitestgehend in die E-Government-Strukturen des Landes zu integrieren, ohne eine ausreichende Sicherung der Judikative vorzusehen. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

2. Im Ansatz richtig sieht der Gesetzentwurf neben der in § 9 des Entwurfs geregelten Kontrollkommission in § 6 des Entwurfs ein weiteres Gremium, den Lenkungskreis, vor. Ein Lenkungskreis sollte die Aufgabe haben, die grundsätzlichen Entscheidungen über Struktur und Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik sowie zu Regelungen über die Datenverarbeitung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu treffen, während die Kontrollkommission die Aufgabe hat, die Einhaltung dieser Regelungen zu überwachen.

Um deutlich zu machen, dass es hier nicht nur um die Informationstechnik, sondern auch um die die einzelnen Nutzer vernetzende Kommunikationstechnik geht, verwenden wir die Bezeichnungen IKT-Lenkungskreis und IKT-Kontrollkommission.

Während die Regelungen zur IKT-Kontrollkommission den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen, sind die Regelungen zum IKT-Lenkungskreis

in ganz erheblichem Umfang defizitär. Ersichtlich ist es das Ziel des Gesetzentwurfs, dieses wichtige Gremium der Judikative weitestgehend zu marginalisieren und die Entscheidungsbefugnisse der Exekutive in Gestalt des Ministeriums vorzubehalten. Zwar erweckt die Begründung des Gesetzentwurfs zu § 6 Abs. 1 den Eindruck, der Lenkungskreis werde „Einfluss nehmen können“ (so S. 23 Drs. 7/6771). An anderer Stelle macht die Begründung jedoch deutlich, dass mehr als ein unverbindlicher „Dialog“ (so S. 20 vorletzter Absatz) nicht gewollt ist. Das so entstehende Defizit kann aber durch die hier genannten Änderungen und Ergänzungen bei den betroffenen Vorschriften behoben werden.

Im Einzelnen gilt das Folgende:

Zu § 4 des Entwurfs

Die hier geregelte Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Ministerium und dem IKT-Lenkungskreis ist grundsätzlich neu zu gewichten. Bislang sieht § 4 Abs. 1 vor, dass für die Entwicklung der Strategie und für die Entscheidung über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik ausschließlich das Justizministerium zuständig sein soll. Dies verfehlt den Schutz der Dritten Staatsgewalt vor Einwirkungen der Exekutive und liefert die Judikative völlig den Entscheidungen des Justizministeriums aus. Der Lenkungskreis als Gremium der Judikative soll lediglich unverbindliche Empfehlungen aussprechen können (§ 6 Abs. 2 des Entwurfs).

Nach unserem verfassungsrechtlichen Verständnis ist eine Aufgabenteilung im Sinn einer Ausbalancierung des Einflusses geboten. Deshalb ist es erforderlich, die in § 4 geregelten Zuständigkeiten auf den IKT-Lenkungskreis und damit auf die Vertreter der Judikative selbst zu übertragen. Dies ist in § 6 Abs. 2 zu regeln. Dem Justizministerium ist die Organisationsaufgabe zu übertragen. § 4 Abs. 1 Satz 1 ist deshalb wie folgt zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium ist zuständig für die Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und koordiniert die Vorgaben für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnik.

Zu § 5 des Entwurfs

1. Die administrative Umsetzung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik wird in § 5 einer zentralen Einheit, der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften, übertragen. In dem Gesetzentwurf wird diese Stelle bei dem Thüringer Oberlandesgericht angesiedelt und damit organisatorisch der Judikative zugeordnet. Diese Zuordnung bleibt aber inhaltsleer, da es an dem notwendigen Einfluss der Judikative auf die IT-Stelle fehlt. Erforderlich ist eine Organisationsstruktur, die es allen Gerichtsbarkeiten ermöglicht, fachlich unmittelbar Zugriff auf die IT-Stelle als Dienstleister zu nehmen und im Bedarfsfall bestimmte Maßnahmen anzuordern bzw. anzuordnen.

Hierzu verweisen wir auf die Regelung des Landes Hessen in dem dortigen „Gesetz zur Errichtung der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) und zur Regelung justizorganisatorischer Angelegenheiten“. In Hessen wird die IT-Stelle als eigenständige Behörde eingerichtet (§ 1 Abs. 1 JITStG HE). Diese Struktur sollte für Thüringen übernommen werden. Die Ausgliederung würde auch der Bedeutung der Aufgaben, die die IT-Stelle für die rechtsprechende Staatsgewalt wahrnimmt, gerecht werden.

Dieser Überlegung folgend könnte § 5 Abs. 1 Satz 1 und 2 neu gefasst werden:

Im Geschäftsbereich des für Justiz zuständigen Ministeriums wird die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften als Landesoberbehörde errichtet. Die IT-Stelle hat ihren Sitz in Jena. Das für Justiz zuständige Ministerium übt die Fachaufsicht über die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Maßgabe der Entscheidungen des IKT-Lenkungskreises aus.

2. Unabhängig davon ist in jedem Fall in § 5 Abs. 2 Satz 2 als Folgeänderung zu der Neufassung des § 6 Abs. 2 die Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises zu regeln. Dies geschieht auch hier durch das Erfordernis eines Einvernehmens zwischen Ministerium und IKT-Lenkungskreis:

Das für Justiz zuständige Ministerium kann im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis die Zuständigkeit der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften nach Satz 1 weiter ausgestalten.

3. Auch § 5 Abs. 4 ist zu ändern. Durch die Textfassung im Entwurf wird den Thüringer Gerichten bzw. Gerichtsbarkeiten ein Einfluss auf die Ermittlung des im Haushaltsplan des Landes darzustellenden finanziellen Bedarfs für die Informationstechnik vollständig entzogen. Der notwendige Einfluss ist auch hier durch das Erfordernis eines Einvernehmens sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die „Verwaltungsvorschrift für die Organisation des E-Government und des IT-Einsatzes in der Landesverwaltung des Freistaates Thüringen vom 12. März 2019“ ohne weiteres davon ausgeht, dass die Thüringer Gerichte eine eigene Entscheidungskompetenz bezüglich ihres IT-Bedarfs haben. Zwar gilt diese Verwaltungsvorschrift wie das Thüringer E-Government-Gesetz insgesamt nicht für die Judikative, aber in Ziffer 1 Abs. 3 der Vorschrift werden die Thüringer Gerichte ebenso wie die Landtagsverwaltung und der Thüringer Verfassungsgerichtshof gebeten, die Rahmenrichtlinie zu beachten, ohne dass sich daraus eine Bindungswirkung entfaltet. Dieser richtige Ansatz einer eigenen Entscheidungskompetenz der Gerichte wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf durch die vollständige Kontrolle der IT-Stelle durch das Justizministerium gerade nicht realisiert. Neben der durch die Änderungen in § 4 und § 6 notwendigen grundsätzlichen Aufgabenverlagerung hin zum IKT-Lenkungskreis ist der Lenkungskreis auch in die Aufstellung des Haushaltsansatzes einzubeziehen. Die IT-Stelle soll den Haushaltsansatz im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis selbst aufstellen.

§ 5 Abs. 4 ist wie folgt neu zu fassen:

Die IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften stellt den Haushaltsansatz für die Informations- und Kommunikationstechnik für die Gerichte und Staatsanwaltschaften im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis auf und leistet insoweit dem für Justiz zuständigen Ministerium Zuarbeit zum ressortübergreifenden IT-Gesamtplan.

Zu § 6 des Entwurfs

1. Die Bezeichnung des Lenkungskreises als „Lenkungskreis der IT-Stelle [...]“ stellt die verfassungsrechtlich erforderliche Stellung des Lenkungskreises nur verkürzt dar und bildet auch – wie gesagt – die Einbeziehung der praktisch bedeutsamen Kommunikationstechnik nicht ab. Er ist in der Überschrift zu § 6 deshalb als „IKT-Lenkungskreis der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften“ zu bezeichnen. Diese Änderung ist in Abs. 1 Satz 1 zu übernehmen. In dem ganzen Gesetz ist die Bezeichnung redaktionell anzupassen.

§ 6 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Die Präsidentinnen und Präsidenten des Oberlandesgerichts, des Obergerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Landessozialgerichts und des Finanzgerichts sowie die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt bilden als Mitglieder den Lenkungskreis für die Informations- und Kommunikationstechnik der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften (IKT-Lenkungskreis).

2. Die bereits erwähnte grundsätzliche Regelung der Zuständigkeit des IKT-Lenkungskreises in Abgrenzung zur Zuständigkeit des Ministeriums ist in Abs. 2 einzufügen. Statt einer bloßen Empfehlung gegenüber der IT-Stelle, von der keinerlei Bindungswirkung ausgeht, ist eine Übertragung der Zuständigkeit zu schaffen:

Der IKT-Lenkungskreis entscheidet über die Strategie und den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie über die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informations- und Kommunikationstechnik.

Zu § 7 des Entwurfs

1. Wenn die hier geforderten Änderungen zur Sicherung der Judikative realisiert werden, begegnet es keinen Bedenken, dass Aufgaben an einen externen Dienstleister, z. B. den Zentralen Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik der Landesverwaltung, übertragen werden. Ersichtlich möchte die Regelung einer solchen Übertragung an den Zentralen Dienstleister der Landesverwaltung den Vorzug geben. Durch die „kann“-Vorschrift in Abs. 1 Satz 1 wird jedoch die Beauftragung anderer Dienstleister nicht ausgeschlossen. Ein neuer Abs. 6 hat klarzustellen, dass die Anforderungen des § 7 auch auf solche anderen Dienstleister anzuwenden sind.

Die Übertragung von Aufgaben an einen Dienstleister der Landesverwaltung und damit der Exekutive berührt aber ganz zentral und sehr erheblich die verfassungsrechtlich zu schützenden Belange der Judikative. Es fällt auf, dass der Entwurf hier keinerlei Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises vorsieht. Abs. 1 Satz 2 sieht lediglich eine Einbeziehung der IT-Stelle (und nicht etwa des IT-Lenkungskreises selbst) im Weg einer unverbindlichen Anhörung vor. Auch hier ist das Erfordernis eines Einvernehmens des IKT-Lenkungskreises zu regeln.

§ 7 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt neu zu fassen:

Zur Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik kann das für Justiz zuständige Ministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 4 Abs. 1 im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis auch die [weiter wie bisher]

2. Auch bei der Kommunikation von Sicherheitsvorfällen ist der IKT-Lenkungskreis unmittelbar einzubeziehen. § 7 Abs. 3 Satz 3 ist deshalb wie folgt neu zu fassen:

Das für Justiz zuständige Ministerium unterrichtet seinerseits unverzüglich die jeweils betroffene Dienststelle und den IKT-Lenkungskreis.

3. Wie erwähnt zur Klarstellung ist § 7 um einen neuen Abs. 6 zu ergänzen:

Diese Regelungen gelten entsprechend für die Übertragung auf andere Dienstleister.

Zu § 8 des Entwurfs

1. § 8 des Entwurfs stellt die zentrale Regelung zur Verarbeitung, Speicherung und Administration der Daten der rechtsprechenden Tätigkeit der Judikative dar. Hierzu sieht die Regelung die Möglichkeit der Vergabe der Administrationstätigkeit an externe Dienstleister vor. Dies mag hinnehmbar sein, wenn die Judikative in Gestalt des IKT-Lenkungskreises unmittelbar an dieser Entscheidung beteiligt ist. § 8 ist deshalb um einen neuen Abs. 1 zu ergänzen:

Die Bereitstellung und Betreuung von justiziellen Fachverfahren sowie der elektronischen Gerichts-, Strafverfahrens- und Gerichtsverwaltungsakte darf nur im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis an justizexterne Stellen oder Dienstleister vergeben werden.

2. Der bisherige Absatz 1 wird Abs. 2 und ist durch die erforderliche Einbeziehung des IKT-Lenkungskreises an einigen Stellen neu zu fassen:

Satz 1 Nr. 7 erhält folgende Neufassung

in Ausübung der Administrationstätigkeit unumgängliche Zugriffe auf Daten und elektronische Dokumente der Gerichte und Staatsanwaltschaften nach dem Stand der Technik revisionssicher protokolliert und dem für Justiz zuständigen Ministerium und dem IKT-Lenkungskreis unverzüglich mitgeteilt werden.

3. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3 und auch hier ist die erforderliche Einbeziehung der Judikative durch eine Beteiligung des IKT-Lenkungskreises zu gewährleisten. Eine alleinige Zuständigkeit der IT-Stelle für die Vergabe von justizinternen Zugriffsrechten ist abzulehnen. In dieser Entscheidung liegt ein zentrales Sicherungsinstrument der durch das vorliegende Gesetz zu schützenden Daten der rechtsprechenden Tätigkeit. In diese Entscheidung ist deshalb der IKT-Lenkungskreis durch folgende Neufassung einzubeziehen:

Soweit die in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zum Einsatz kommende Informations- und Kommunikationstechnik von der IT-Stelle der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften bereitgestellt oder betreut wird, regelt diese im Einvernehmen mit dem IKT-Lenkungskreis justizinterne Zugriffsrechte auf die in Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Daten und elektronischen Dokumente, Metadaten und Logdateien und trifft Vorkehrungen zur Sicherung deren Zweckbindung und zum Schutz vor unbefugten Einsichtnahmen und Zugriffen.

Zu § 9 des Entwurfs

Wie bereits erwähnt entspricht diese Regelung weitgehend den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Ergänzend ist bereits in der Überschrift die Bezeichnung in „IKT-Kontrollkommission“ zu ändern. § 9 Abs. 1 ist deshalb wie folgt zu fassen:

Für die Einhaltung und Kontrolle des sich aus § 3 Satz 1 ergebenden besonderen Schutzbedürfnisses ist bei dem für Justiz zuständigen Ministerium eine unabhängige Kontrollkommission für die Informations- und Kommunikationstechnik der Thüringer Gerichte und Staatsanwaltschaften (IKT-Kontrollkommission) einzurichten.

Die Bezeichnung als IKT-Kontrollkommission ist im gesamten Text redaktionell anzupassen.

In § 9 Abs. 6 Satz 1 halten wir zur Klarstellung des Gewollten eine Ergänzung für erforderlich:

Die IKT-Kontrollkommission teilt die Ergebnisse der Kontrollen ebenso wie jede Beanstandung, insbesondere die Feststellung von Verstößen gegen Regelungen nach § 8 bei den in den §§ 5 oder 7 benannten Stellen, dem für Justiz zuständigen Ministerium und dem IKT-Lenkungskreis unverzüglich mit.

Weimar, den 26. Mai 2023

für die beteiligten Verbände und Vertretungen